

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.
(Eigentum des Verbandes.)

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postämter, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsvermittlung 25 Pf. Familienanng. 15 Pf. Vereinsanzeigen 10 Pf. Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O. Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Dr. Max Sirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandskassierer Rudolf Klein, N.O., Greifswalderstr. 221/22, einzulösen sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerkvereine 25 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 4.

Berlin, 27. Januar 1905.

Siebentunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Generalfreist. der Bergarbeiter. — Die Forderungen der Bergarbeiter. — Die Revolution in Petersburg. — Wochenchau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Der Generalfreist. der Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet und ihre Organisationen sind nach wie vor vollkommen einig. Von den 270 000 Knappen befinden sich 200 000 im Auslande. Nicht gestreift wird auf den Staatsgehgen und auf den Gruben, deren Stilllegung geplant war. Die von uns erwartete Sympathie des ganzen Volkes für die Streikenden macht sich überall in der linksstehenden bürgerlichen Presse und auch in bürgerlichen Versammlungen geltend. Auch die Centrumspresse stellt sich auf die Seite der kämpfenden Arbeiter. Der Erzbischof von Köln hat 1000 Mk. gespendet, nicht, um zum Streik selbst Stellung zu nehmen, aber doch um zu helfen, die Noth unter den kämpfenden Arbeitern und ihren Familien zu lindern. Auch das verdient Anerkennung. Die allgemeine Sympathie der Bevölkerung hat sich indes besonders um deswillen auf die Seite der Arbeiter gestellt, weil die Unternehmer es abgelehnt haben, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln. Der von dem bergbaulichen Verein für diese Ablehnung geltend gemachte Grund, daß die Arbeiter nicht hinter ihren Führern ständen, ist sehr einfach und nicht einmal mehr neu, denn auch 1889 in dem großen Streik kamen die Bergwerksunternehmer mit dem gleichen Einwand. Als die Vertreter der Grubeninteressenten damals an den Kaiser wendeten, und auch hier jenen Einwand erhoben, antwortete ihnen der Kaiser, sie möchten das Herz und den Beutel aufthun, und ferner:

„Wenn die Herren der Ansicht sind, daß die Deputirten (der Bergleute) nicht die maßgebenden Vertreter der Kreise, die dort streiken, wären, so macht das nichts aus. Wenn sie auch nur einen Theil der Arbeiter hinter sich haben und die Meinung wiedergeben, die in ihren Kreisen besteht, so wird doch immer der moralische Versuch der Verständigung von hohem Werthe sein.“

Die königliche Staatsregierung hat ihrerseits keine Bedenken getragen, mit den Führern der Organisationen, worunter sich auch unser Kollege B. Hammacher befand, Verhandlungen anzuknüpfen, um die Beschwerden direkt von den Arbeiterführern zu hören. Die Bemühungen der Staatsregierung, den bergbaulichen Verein zu veranlassen, an diesen Verhandlungen mit den Arbeitern theilzunehmen, sind leider erfolglos geblieben. Darüber drückten der Reichstanzler Graf Bülow im Reichstage und der Handelsminister Möller an derselben Stelle und noch am gestrigen Montag im Abgeordnetenhaus ihr tiefstes Bedauern aus. Bis in die Reihen der Nationalliberalen hinein, die durch ihre Sprecher Abgg. Hirsch-Essen und Schmieding-Dortmund auf die Seite der Unternehmer traten, macht sich das Bedauern über das brutale, ablehnende Verhalten der Bergwerksunternehmer geltend. Daraus haben mehrere Mitglieder der nationalliberalen Fraktion unseren Freunden Hirsch und Goldschmidt gegenüber kein Hehl gemacht. Alle Parteien des Reichstages wie des Landtages, die Nationalliberalen um Hirsch-Essen und Schmieding ausgenommen, sind einmüthig in der Beurtheilung dieser ablehnenden Haltung der Grubenbarone. Direkt für die Arbeiter traten im Reichstage die Sozialdemokraten, das Centrum und die Freisinnigen durch ihre Redner

ein und im Landtage die Redner des Centrums und der Freisinnigen Volkspartei.

Bedauerlicher Weise versucht der „Vorwärts“ den einmüthigen Kampf der Arbeiter für die Sozialdemokratie parteipolitisch zu verwerthen, indem er es so hinstellt, als fänden die Arbeiter nur in dieser Partei ihre Vertretung und Hilfe. Die sozialdemokratische Partei sucht sich auch in diesem Kampfe vorzubringen, indem der Parteivorstand einen Aufruf für die streikenden Bergarbeiter erläßt. Das ist bodenlos dumm! Es schadet den Arbeitern mehr, als ihnen die materielle Hilfe nutzen kann. Wenn dieser gewaltige Kampf für die Arbeiter siegreich sein soll, dann wäre er schon verloren, wenn sich nur die Sozialdemokratie auf ihre Seite stellte. Der „Vorwärts“ möchte dies augenscheinlich gern wünschen, denn sonst ist es nicht zu verstehen, daß er die Arbeiter, die vollkommen einig sind, auseinanderzureißen sucht durch eine Verheißung derselben gegen das Centrum und die Freisinnigen. Der „Vorwärts“ schreibt nämlich zum Theil sogar mit fetten Lettern:

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat sofort nach Proklamirung des allgemeinen Ausstandes den Aufruf zur Sammlung von Unterstützungsgeldern ergehen lassen.

Der Ertrag der sozialdemokratischen Sammlung kommt ohne Unterschied der Organisation allen Streikenden zu Gute, auch den Centrumsarbeitern und Hirsch-Dunder'schen.

Nun verhalten sich die christlichen Arbeiter zum Centrum, die Hirsch-Dunder'schen zum Freisinn, wie die freien Gewerkschaften zur Sozialdemokratie.

Es ist also auch Pflicht des Centrums und des Freisinn, die ihnen angelegentlichsten Organisationen zu unterstützen.

Wenn es denn wahr ist, und nicht elendeste Heuchelei, daß sie es Ernst meinen mit der Arbeiter-Organisation, so müßten Centrum und Freisinn unverzüglich sich unserer Sammlung anschließen.

Hier ist die Probe auf's Exempel. Hier handelt es sich um eine für alle Folgezeiten entscheidende Stellungnahme. Der Beweis der Arbeiterfreundlichkeit ist jetzt zu erbringen!

Will Centrum und Freisinn es wirklich der Sozialdemokratie allein überlassen, die christlichen Arbeiter und die Hirsch-Dunder'schen zu unterstützen?

Bisher sehen wir nichts von Sammlungsausrufen in der Centrumpresse und in freisinnigen Organen!

Die Arbeiter finden warme Unterstützung sowohl bei dem Centrum wie auch bei den Freisinnigen und darüber hinaus, und es wäre für die Arbeiter weit besser gewesen, wenn ebenso wie diese beiden auch die sozialdemokratische Partei darauf verzichtet hätte, parteiamtlich einen Aufruf für die streikenden Bergarbeiter zu erlassen. Die Arbeiter haben ihre Organisationen und allein diese sind berufen, sich an die Arbeiter und an alle mit ihnen sympathisirenden Volkstheile Deutschlands um Hilfe zu wenden. Der unvergeßliche Vorgang in Grimmitzschau ist lehrreich genug dafür, wie sehr es den kämpfenden Arbeitern schadet, wenn sich die Sozialdemokratie als Partei auf ihre Seite stellt und die Führung des Kampfes an sich reißt. Ein Streik darf niemals eine politische Parteifache sein! Wir Gewerksvereiner nehmen die Hilfe gern an von jedem Arbeiterfreund, gleichviel welcher Partei er angehört und wir würden es uns ernstlich verbitten müssen, wenn irgend eine Partei eine parteiamtliche Aufforderung um Unterstützung der Gewerksvereiner veröffentlichte wollte.

Die Gewerkvereine sind unabhängig und an keine Partei gebunden, und keine Partei hat nach dieser Richtung irgend welche Verpflichtungen gegen die Gewerkvereine! Wir sind zum Glück aber auch nicht angewiesen

Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat einen Teil der Gründe erörtert, welche den theilweisen Ausstand herbeigeführt haben und den allgemeinen Ausstand zur Folge haben können. Die Führer der verschiedenen vier Organisationen haben sich lebhaft bemüht, den Streik zu verhüten. Das geht auch aus dem gemeinsamen Aufruf der vier Gewerbevereine hervor, in welchem dringend vor dem Streik gewarnt wird. Selbst in dem Organ des radikalsten dieser Gewerbevereine wird gewarnt, auf die Schreier zu hören, die sich später feige vor der Verantwortung drückten; es sei eine Pflicht der Bergarbeiter, jetzt, in diesem Augenblicke, Ruhe und Mäßigung zu beweisen, um die Bestrebungen derselben nicht in Gefahr zu bringen.

Auffällig war mir die Bemerkung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe, daß ihm der Streik gar nicht unerwartet und plötzlich gekommen sei, da der aufmerksame Beobachter ja wohl habe erkennen können, daß es früher oder später zu einer Explosion kommen werde. Es ist richtig, es hätte schon im August 1903 zu einem Ausstand kommen können. Wenn aber der Herr Handelsminister die Explosion so früh voraussetzt, so wäre es unferes Erachtens doch seine Pflicht gewesen, durch praktische Maßnahmen die Bergarbeiter zu beruhigen und so der möglichen Explosion rechtzeitig vorzubeugen. Das hat der Herr Minister in rein formalen Dingen auch getan, indem er verhinderte, daß die Verlängerung der Seilschaft nicht plötzlich erfolgte, und gebot, daß hierfür die vorgeschriebene Kündigungsfrist innegehalten werde. Die strenge Gesetzlichkeit ist gewiß eine schöne Sache. Es giebt aber im vielgestaltigen Leben auch Möglichkeiten, wo man mit ihr allein nicht auskommt. So hätte das nach den Befehlen des Herrn Ministers handelnde Oberbergamt wohl auch besser daran getan, wenn es die um Vermittlung bittenden Bergarbeiter nicht erst an das Berggewerbegericht verwiesen, sondern die Vermittlung selbst eingeleitet hätte. Der Bescheid des Oberbergamts war formal durchaus richtig, praktisch aber war er nicht.

Meine Herren, die Ursachen für die Erregung der Arbeiter sind mehrfacher Art, zum Theil aber sind es wieder dieselben, die im Jahre 1889 zu dem Riesenausstand geführt haben. Die Lohnfrage spielt im gegenwärtigen Falle nur eine sekundäre Rolle, obgleich, wie der Herr Minister richtig angegeben hat, die Jahreslöhne erheblich zurückgegangen sind und den Stand von 1900 noch nicht wieder haben erreichen können. Die Hochkonjunktur lockt Tausende von Arbeitern in das Ruhrgebiet, eine internationale Arbeiterbevölkerung giebt sich dort ein Stellweien. Der Zuwanderung fremder Arbeiter wird auch die Wurmrkrankheit, die eingeschleppt worden sein soll, zur Last gelegt. Die Arbeiter sind verstimmt, daß man die fremde Konkurrenz zur Beschaffung von Lebensmitteln künstlich einschränkt, dem Zugang fremder Arbeiter aber freien Lauf läßt. Die Wurmrkrankheit hat zu einem erheblichen Theil dazu beigetragen, die Gemüther zu erregen in Folge der harten Behandlung, welche diese Krankheit nach ärztlicher Auffassung nothwendig macht. Lohnverminderung und Lohn-einbuße in Folge der Wurmkur drückte die Lebenshaltung herab und schuf viel Erbitterung. In günstigen Zeiten sind die Beamten höflich und befreien die Pauer von allen Nebenarbeiten, um eine möglichst große Menge von Kohlen zu fördern; in ungünstigen Zeiten sind die Beamten unhöflich und belassen auch die eigentlichen Bergarbeiter, die Pauer, mit vielen Nebenarbeiten im Stollenansbau u. s. w., die einen Theil der Arbeitszeit, die sonst dem Verdienst gewidmet ist, beanspruchen. Auch dadurch ist die Erregung vermehrt worden.

Der Herr Minister hat die Behandlung der Bergarbeiter bezüglich mit der Behandlung der Rekruten durch Vorgezogene. Der Vergleich ist ein sehr guter. Thatsächlich beklagen sich die Bergarbeiter über den Kasernenhofston, der ihnen gegenüber oft angewendet wird.

Das Nullen ist eine der ältesten Klagen, die aber nur, worauf ich ganz besonders aufmerksam machen möchte, im Ruhrgebiete dieses Verfahren gar nicht kennen. Es freut uns, daß der Herr Minister die Möglichkeit anerkannt hat, daß man an Stelle des Nullens andere Maßregeln — er sprach unrichtiger Weise von Disziplinarmaßregeln — treten lassen könnte. Die Arbeiter haben den Weg hierfür schon gezeigt; sie wünschen die Bezahlung der Kohlen nach Gewicht, wie das in England z. B. geschieht. Unreine Kohlen sollen um den Betrag der darin enthaltenen Steine im Lohne gekürzt werden; die Belegschaften wollen auf eigene Kosten hierfür Kontrolleure angestellt wissen. Wichtig ist auch die Forderung, daß die Wagen geacht werden, damit Raum-inhalt oder Gewichtsinhalt der Wagen zu jeder Zeit zu erkennen ist. Heute bekommt der Arbeiter für einen Wagen von 12 Zentnern nicht mehr als für einen Wagen von 10 Zentnern. Das ist ein ebenso großes Unrecht wie das Wagennullen.

Die Arbeiter wünschen auch die Einführung von Minimal-löhnen, die für die verschiedenen Arten von Bergarbeitern von 1,50 M. für die Jugendlöhne über Tage bis 5 M. für die Pauer differieren. Weil dies ein Punkt ist, der bei den hoffentlich kommenden Verhandlungen lebhaft umstritten sein wird, will ich mich darüber nicht äußern, um diese Verhandlungen nicht zu erschweren.

Unbedingt berechtigt ist die Forderung der Arbeiter, an den Unterstützungskassen auch durch Mitverwaltung theilzunehmen.

Auch für die Einführung von Grubenkontrolleuren haben wir uns wiederholt ausgesprochen, ebenso zu Gunsten einer Reform des Knappschafswesens. Namentlich in Bezug auf diese beiden Punkte verweise ich auf die ausführlichen Reden, die mein verehrter Freund Herr Abgeordneter Dr. Max Hirsch hier im Hause gehalten hat.

Meine Herren, bei dem Streik von 1889 wurde der Friede wiederhergestellt in Folge von Verhandlungen, die geführt wurden von meinen Freunden, den Abgeordneten Schmidt (Eberfeld) und Baumbach und unter Mitwirkung des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Hammaher. Die mit den Arbeitervertreter, den Kaiserdelegirten, getroffenen, in 10 Paragraphen niedergelegten Vereinbarungen wurden auch von den Vertretern der Zechen bis auf einen Punkt anerkannt. Dieser eine Punkt betrifft die Einsetzung von Arbeiterausschüssen, welcher auch jetzt wieder unter den Forderungen der Bergarbeiter aufgestellt worden ist. Es ist sehr bedauerlich, daß die Arbeiterausschüsse damals abgelehnt wurden, und noch bedauerlicher würde es sein, wenn man sie von Neuem ablehnen wollte. Die Arbeiterausschüsse bilden das friedliche Element zum Ausgleich entstandener Differenzen. Sie sind daher eine Art Sicherheitsventil.

Die wichtigste Frage, deren befriedigende Lösung auf dem Wege der Gesetzgebung herbeigeführt werden muß, ist die Frage der Arbeitszeit im Bergrevier. Wir haben uns wiederholt für die achtstündige Schicht der Bergarbeiter ausgesprochen, und auch in den Friedensverhandlungen von 1889 war die achtstündige Arbeitszeit anerkannt. Dieser Punkt war im Friedensprotokoll wie folgt formulirt:

In die achtstündige Normalschicht wird die Einfahrt nicht mit eingerechnet. Die Einfahrt wie die Ausfahrt sollen in der Regel nicht länger als eine halbe Stunde dauern. Jedensfalls sind Einfahrten und Ausfahrten so zu ordnen, daß der Bergmann nicht länger als acht Stunden unter Tage bleibt.

Die Zechen, die damals auch diesen Punkt angenommen und seine Durchführung versprochen hatten, sind davon vielfach bald wieder abgewichen, indem die Ein- und Ausfahrtszeit auf eine Stunde und mehr erhöht worden ist. Der Herr Minister wies darauf hin, daß die Arbeiter sich diese längere Ein- und Ausfahrtszeit, wo sie bestand, ruhig hätten gefallen lassen, und nur da, wo sie noch kürzer gewesen und verlängert werden sollte, wie auch z. B. auf der Zeche Bruchstraße, wären die Arbeiter dagegen aufgetreten. In der Zeit der allgemeinen Erregung, deren Ursachen ich geschildert habe, und welche noch sehr verschärft worden sind durch das Stilllegen der Zechen, werden solche Veränderungen in der Arbeitszeit so aufgefaßt, als wollten die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung gereizt werden. Es wird die höchste Zeit, meine Herren, daß dieser Streit um die Arbeitszeit im Bergwerk auf gesetzlichem Wege Regelung findet. Heute gehen die Staatsbergwerke mit einem schlechten Beispiele voran, da auch in diesen die Ein- und Ausfahrtszeit bis zu einer Stunde dauert. Eine Reform des Berggesetzes ist schon oft in Aussicht gestellt, und eingehende Vorberatungen haben bereits darüber stattgefunden. Warum, so möchte ich an den Herrn Minister die dringende Frage richten, schiebt man eine so wichtige Frage auf die lange Bank? Warum thut man nicht Alles, um der königlichen Staatsregierung den nun erhobenen Vorwurf zu ersparen, daß sie an der Unzufriedenheit der Bergarbeiter nicht ganz schuldlos sei? Wenn der Staat auf seinen Gruben durchweg musterghilte Einrichtungen trafe, dann würde auch die private Kohlenproduktion sich diesen Mustern anschließen müssen.

Sowohl der Herr Ministerpräsident als auch der Herr Minister für Handel und Gewerbe haben ihre Bereitwilligkeit, in dem ausgedehnten Kampf dem Frieden zu dienen, mit Nachdruck betont. Wir wünschen aufrichtig, daß die von den Arbeitern ausgehende Hand zum Frieden von den Vertretern der Zechen ergriffen wird, und daß es dann den staatlichen Behörden gelingen möge, den Frieden wieder herzustellen. Nach den heute früh von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe gemachten Mittheilungen hat der Verein für bergbau-lische Interessen eine staatliche Untersuchung der Beschwerden der Bergarbeiter angeregt, und diesem Ersuchen soll, wie der Herr Minister erklärt hat, stattgegeben werden. Schon morgen sollen zu diesem Zweck zwei Staatskommissare in das Ruhrrevier reisen. Damit sind wir einverstanden.

Der bergbau-lische Verein hat aber auch erklärt, daß er die Forderungen der Bergarbeiter nicht annehmen kann, weil sie erst gestellt sind, nachdem ein Theil der Bergarbeiter mit Kontraktbruch in den Ausstand getreten ist. Habe ich den Herrn Minister nun richtig verstanden: soll das heißen, daß der bergbau-lische Verein jede Verhandlung mit den Arbeiterführern ablehnt? Das wäre im höchsten Maße bedauerlich; denn der Verein würde dadurch eine ungeheure Verantwortung auf sich nehmen. Der Generalkreis wäre dann unermesslich! Ich kann auf die höfliche Art hinweisen, mit welcher die vier Organisationen gemeinsam ihre Eingabe an den „Öfflichen Verein für die bergbau-lischen Interessen für den Oberbergamtsbezirk Dortmund zu Händen des Herrn Vorsitzenden“

auf die Hilfe der Sozialdemokratie, wir sind vielmehr überzeugt, daß alle bürgerlichen Arbeiterfreunde zu helfen bereit sind, ohne daß ihre Parteivorstände diese Hilfe für die Arbeiter erst erbitten. Die im Kampfe stehenden Arbeiter selbst verbitten sich die sozialdemokratische Parteieinmischung ebenfalls ganz energisch, denn in dem von den vereinigten Arbeiterorganisationen erlassenen Aufruf heißt es in Bezug hierauf mit aller Deutlichkeit am Schluß:

Kameraden, von nun an heißt es für Jeden, sich an die Anordnungen der unterzeichneten Kommission zu halten. Nur das ist maßgebend für die Belegschaften, was die unterzeichnete Kommission bekannt giebt. Kehrt Euch nicht an Andere, hört nur auf die Beschlüsse der Verbandsvertreter, keine andere Seite hat das Recht, sich in unsere Sache zu mischen. Unser Kampf ist eine rein bergmännische Angelegenheit, und wir weisen die Einmischung irgendwelcher anderer Faktoren in diesem Bergarbeiterkampf entschieden zurück. Was zu beschließen und anzuordnen ist, wissen wir selbst, wir brauchen keine Nebenregierung. Unser Kampf muß nur vom rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkte geführt werden, um so besser für uns! —

Wenn der Streik vorbei ist, wird es Sache der Organisationen sein, mit der sozialdemokratischen Presse im Ruhrgebiet ein ernstes Wort zu reden. Das eine aber wollen wir schon heute sagen, daß es allein die Schuld dieser Presse ist, wenn die Arbeiter bei Beginn der Bewegung den Rath ihrer Führer in den Wind schlugen. Die Hegelei der sozialdemokratischen Presse selbst gegen den Führer des sozialdemokratischen Theils der Bergarbeiter, den Abg. Hüb, ist es zuzuschreiben, daß zu Anfang der Bewegung eine so beklagenswerthe Verwirrung herrschte. Diese ist nun überwunden durch die platzgegriffene volle Einmütigkeit aller Bergarbeiter und ihrer Organisationen, und der „Vorwärts“ und die übrige sozialdemokratische Presse mögen sich hüten, diese Einigkeit durch parteipolitische Verhehungen zu untergraben, zu dem Zweck, einen Profit für die Partei dabei heraus zu schlagen.

Die Forderungen der Arbeiter, für welche jetzt gekämpft wird, sind dem bergbaulichen Verein mit folgendem Schreiben überreicht worden:

Die ergebenst Unterzeichneten wurden am 12. Januar in der in Essen stattgefundenen Delegirtenkonferenz für das Ruhrkohlenrevier beauftragt, die beliegenden Forderungen dem Köbl. Verein für die bergbaulichen Interessen zu überreichen mit dem ergebensten Ersuchen, uns bis zum 16. Januar 1905, Vormittags, gütigst Ihre Stellungnahme mitzutheilen. In der Hoffnung, daß zwischen dem genannten Verein und den Unterzeichneten Verhandlungen zu Stande kommen, wodurch der jetzigen Bewegung Einhalt gethan, der Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt und die gefahrvolle Erschütterung des ganzen Erwerbslebens verhindert wird, zeichnen In vorzüglicher Hochachtung die gewählten Vertreter

Effert. Kühne. Sasse. Hausmann. Hammacher. Regula. Brzeskot.

Die Forderungen der Bergarbeiter an den Verein für bergbauliche Interessen waren folgende:

1. Achtstündige Schichtzeit, einschließlich Ein- und Ausfahrt, und zwar für's laufende Jahr wie bisher, jedoch nicht über 9 Stunden, von 1906 ab 8 1/2 und von 1907 ab 8 Stunden. Sechsstündige Schicht (inklusive Ein- und Ausfahrt) vor nassem Orten und heißen mit über 28 Grad Celsius.
2. Sonntags- und Ueberrichtungen sind nur zur Rettung von Menschenleben, bei außerordentlichen Betriebsstörungen und bei Schachtreparaturen zulässig. Für Schachtreparaturen am Sonntag ist 50 pCt. Zuschlag zu zahlen.
3. Das Wagennullen wird sofort beseitigt und die Kohlen, die wirklich sich im Wagen befinden, werden auch bei Berge enthaltenden Wagen bezahlt (dennach darf nur der Prozentsatz der Steine den Arbeitern in Abzug gebracht werden, der sich in dem betreffenden Wagen befindet). Eventuell Bezahlung der Kohle nach Gewicht (wie in England). Alle Wagen müssen geatet und der Rauminhalt oder Gewichtsinhalt des Wagens jederzeit leicht ersichtlich sein.
4. Die Belegschaft hat in alljährlich wiederkehrender geheimer Wahl einen Wagenkontrollleur bezw. Wagemeister zu wählen (§ 80 Abs. 2 des Berggesetzes), welcher seinen Lohn mit von der Sechsenverwaltung erhält. Dieser vertheilt denselben auf alle bei der Förderung beteiligten Grubenleute und bringt ihn bei den letzteren beim Vohntage in Abzug. Der Wagenkontrollleur besitzt alle Rechte der sonstigen Belegschaftsmitglieder und ist auch bei allen Versicherungen und Kassen seiner Besoldung ebenfalls wie alle anderen.
5. 8 1/2 hne (Schiefmaterial und Gelaente darf nicht verrechnet werden): Minimallohn für Häuer und Lehrhäuer im Gebirge 5 Mk., im Schichtlohn 4,50 Mk., Bremsler 3 Mk., Pferdebretler 3 Mk., Schlepper 3,80 Mk., erwachsene Tagelöhner 3,80 Mk., Maurer 5 Mk., jugendliche Tagelöhner 1,50 Mk., Kohsarbeiter, Planirer 4,50 Mk., Verloader 5 Mk., Füller 3,80 Mk. Lohnzahlung dreimal monatlich; Ende des betreffenden Monats erste Abschlagszahlung, 10 Tage später die zweite und spätestens am 20. des folgenden Monats Lohnzahl.
6. Errichtung eines Arbeiter-Ausschusses zur Vorbringung und Regelung aller Beschwerden und Mißstände, aller Lohnunterschieden, einschließlich des Gehaltelohnes zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen, deren Abrechnung alljährlich der Gesamt-Belegschaft durch Aushang bekannt zu machen ist. Wenn die Sechsenverwaltungen keine Beiträge leisten, haben sie

auch in der Unterstützungskasse kein Verwaltungsrecht; mehr als die Hälfte Sige dürfen die Verwaltungen bezw. Besizer nicht haben, selbst wenn sie mehr Beiträge zahlen sollten.

7. Einführung von Grubenkontrollleuren, die alle zwei Jahre in geheimer Wahl von der Belegschaft aus ihrer Mitte gewählt und von den Sechsenbesitzern oder dem Staate bezahlt werden. Der zu Wählende soll mindestens ein Jahr der Belegschaft angehören und 30 Jahre alt sein.

8. Reform des Knappschafswesens nach dem Programm der Arbeiterorganisationen.

9. Gute Deputatlohn zum Selbstkostenpreise an alle verheiratheten Arbeiter, ebenso an Invaliden, Wittwen und Unverheirathete, welche Eltern oder Geschwister zu ernähren haben (mindestens monatlich einen Bagen).

10. Beseitigung der vielen und zu harten Strafen.

11. In den Mietkontrakten der Sechsenkolonien ist monatliche Kündigung aufzunehmen.

12. Humane Behandlung; Bestrafung und event. Entlassung aller die Arbeiter mißhandelnden oder beschimpfenden Beamten.

13. Keine Maßregelungen, keine Buzüge und Strafen wegen der Bewegung, insbesondere dürfen die Bewohner von Sechsenkolonien in Folge des jetzigen Streiks nicht gefündigt und rausgesetzt werden.

14. Anerkennung der Arbeiterorganisationen.

Die von den Arbeitern erhoffte Verhandlung mit den Arbeitgebern über diese Forderungen wurde abgelehnt mit folgendem unverföhnlichen und höhrenden Schreiben, welches die Proklamation des Generalstreiks zur Folge hatte:

In Erwiderung Ihrer gedruckten Zuschrift vom 13. d. Mts. theilen wir Ihnen nachstehenden, in unserer heutigen Vollstimmung einstimmig gefaßten Beschluß mit: Wir beklagen aufs tiefste, daß ein großer Theil der Belegschaft sich dazu hat hinreichend lassen, unter rechtswidrigem Bruch des Arbeitsvertrages in den Ausnahmestand zu treten, und zwar in den allermeisten Fällen ohne zu wissen, was man wollte, und unter erst nachträglicher Auffassung zusammengesuchter Forderungen. Wir weisen aus geschiedenste die Beauptung zurück, daß zu solchem Vorgehen irgendwelche untrügeliche oder allgemeine Mißstände Veranlassung gegeben hätten. Wir betonen auch nachdrücklich, daß Vereinbarung auf Grund der Bestimmungen der Arbeitsordnung nur Sache einzelner Sechsenverwaltungen und einzelner Arbeiter sind. Unseren Mitgliedern werden wir niemals empfehlen können, auf diejenigen grundsätzlichen Aenderungen des Arbeitsvertrages einzugehen, welche in Ihrer Zustellung aufgeführt sind; ihre Annahme würde der Ruin des rheinisch-westfälischen Bergbaues und der für diesen so unerlässlichen Disziplin sein. Wir müssen daher die uns angetragene Vermittelung ablehnen und vertrauen auf den gesunden Sinn des Kerns der Belegschaft, daß sie sich nicht in Noth und Elend stürzen werden. Glück auf!

Verein für bergbauliche Interessen:
E. Krabber. Kirdorf. Kleine. Engel.

An einer anderen Stelle unseres Blattes finden unsere Leser die Rede, die unser Redakteur Abg. Goldschmidt im Abgeordnetenhaus vor Ausbruch des Generalstreiks gehalten hat. Herzlichen Dank sagen wir auch den Abgg. Dr. Wiemer, Hüb, Stödel, Brust, Pohl und Göttsch, für die sachliche Vertretung der Bergarbeiterinteressen im Reichstage und Landtage. Auch der christlich-soziale Abg. Stöcker verdient dankbare Anerkennung.

Von Neuem bitten wir unsere Verbandsgenossen, in eine lebhafte Thätigkeit zur Sammlung von Unterstützungsgeldern innerhalb und außerhalb der Organisation zu wirken und dazu sich der Sammellisten zu bedienen. Die zahlreichen Freunde der Gewervereine, auch außerhalb der Arbeiterschaft, werden gewiß gern, ebenso wie die Gewerkevereine selbst, bereit sein, die Bergarbeiter in ihrem harten Kampfe zu unterstützen.

Die Forderungen der Bergarbeiter

wurden im Abgeordnetenhaus außer von dem Abg. Brust durch unseren Verbandsredakteur vertreten. Die Rede wurde am 16. Januar gehalten, also am Tage vor dem Ausbruch des Generalstreiks:

Goldschmidt, Abgeordneter: Meine Herren, die Erklärungen der Herren Minister vom Sonnabend und heute früh lassen es uns rathlich erscheinen, die Vorgänge im Ruhrgebiet durch eine, ausschließlich diesem Gegenstande gewidmete Rede besonders zu würdigen, um so dazu beizutragen, den Frieden im westfälischen Kohlenrevier so rasch wie möglich wieder herzustellen. Eine allgemeine Arbeitseinstellung aller Bergleute würde nicht nur den direkt Beteiligten, sondern unserer gesammten deutschen Volkswirtschaft unberechenbaren Schaden zufügen. Wir wünschen daher, daß die Erwartung, welcher der Herr Ministerpräsident am Sonnabend Ausdruck gab, daß die Arbeitgeber den Wünschen der Arbeitnehmer gegenüber entgegenzukommen zeigen, sich erfüllen möge. Wird dieses Entgegenkommen bestätigt, so ist kaum daran zu zweifeln, daß der Friede gar bald wiederhergestellt ist, und daß das Ruhrgebiet nicht erst durch einen allgemeinen Ausnahmestand in große Gefahren kommt.

Zu einer friedlichen Verständigung sind auch die Arbeiter bereit, wie dies ausdrücklich von dem Berichterstatter über die Essener Delegirtenkonferenz erklärt worden ist. Die Arbeiter, so erklärte der Berichterstatter, bestehen keineswegs auf dem Buchstaben der von ihnen formulirten Forderungen. Die Möglichkeit ist also gegeben, durch ein gegenseitiges Entgegenkommen den Punkt zu finden, auf welchem der Friede wiederhergestellt werden kann.

eingeleitet haben. Darin heißt es, daß alle diese Wünsche überreicht werden mit dem ergebensten Ersuchen u. s. w., und in der Hoffnung, daß zwischen dem genannten Verein und den Unterzeichneten Verhandlungen zu Stande kommen, wodurch der jetzigen Bewegung Einhalt gethan, der Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wiederhergestellt und die gefährliche Erschütterung des ganzen Erwerbslebens verhindert wird. Daraus geht hervor, daß die Arbeiter die Bedeutung des Streiks vollauf würdigen, und daß es ihr dringendster Wunsch ist, das Ruherevier und die gesammte Volkswirtschaft durch einen friedlichen Ausgleich vor einer schweren Erschütterung zu bewahren.

Ich hoffe zu dieser Stunde noch, daß der Generalfreik verhütet wird. An den Leiter des Gewervereins der Bergarbeiter, Hammacher, haben der Kollege Dr. Hirsch und ich telegraphirt, daß wir dringend raten, vom Generalfreik abzusehen und die vom Herrn Minister verfügte Unterjochung der Beschwerden abzuwarten. Die Unterjochung muß natürlich unter Mitwirkung der Bergarbeiter und insbesondere der Berufsvereine vorgenommen werden. Hoffentlich wird dadurch eine Basis des Friedens und der gedeihlichen Entwicklung des Bergbaues und der Arbeiterverhältnisse für lange Zeit geschaffen. (Bravo! bei der freisinnigen Volkspartei.)

Erfreulich ist, daß die Regierung der Anregung folgte und mit den Vertretern der Berufsvereine in Verhandlung trat. Wenn aber die Regierung die Führer der Organisationen als die Vertreter der Arbeiter anerkennt, dann hätten dies auch die Unternehmer thun können.

Δ Die Revolution in Petersburg.

Durch das russische Volk geht eine tiefgehende Erregung. Das Volk ist empört über das zwecklose Hinflachten seiner Söhne in der Mandtschurie und hat alle Hoffnung auf einen erfolgreichen Krieg aufgegeben, nachdem Vort Arthur an die Japaner verloren ging. Die innere Unzufriedenheit des russischen Volkes hat daneben zahlreiche andere Ursachen. Das Volk weiß es nur zu gut, wie es zu leiden hat unter der Beamtenwillkür und wie diese Beamten sich noch in verbrecherischer Weise bereichern an dem Lande gekammelten Liebesgaben für seine in der Mandtschurie kämpfenden Söhne. Die Gebildeten Russlands verlangen eine Verfassung, um das Volk an der Regierung und Verwaltung des ungeheuren Reiches zu beteiligen, weil die Stunde des absoluten Staatswesens geschlagen hat. Der absolute Staat Rußland ist in dem in der Kultur fortschreitenden Europa nicht mehr haltbar. Was der Zar aber in seinem Manifest dem Volke geboten hat, befriedigt nicht einmal die bescheidensten Wünsche und so hat die Gährung im Volke dauernd zugenommen. Die Willkür des Beamtenhums hat anstehend gewirkt auf die Unternehmer und ihre Vertreter und so litten auch die Arbeiter in den Großbetrieben der Hauptstadt St. Petersburg unter einem unsäglichen Druck, den sie länger zu dulden nicht gewillt waren. Nachdem so und so viele Herrscher Russlands durch Attentate gemordet worden sind, ist der gegenwärtige Zar schon seit seinem Regierungsantritt von der Furcht bedrückt und nervös gemacht, daß auch ihm ein gleiches Schicksal beschieden sein könne. Diese Furcht wurde jetzt vermehrt durch ein angebliches Attentat auf den Pabillon, in welchem sich der Kaiser und sein Gefolge beim Segnen des Newamassers befanden. Zwanzigttausend oder gar noch mehr Arbeiter sind in Petersburg in den Ausstand getreten, darunter auch die Arbeiter der Werft, welche Kriegsschiffe herstellt und auch die Arbeiter der Munitionsfabriken. Nun wollte die gesammte Arbeiterschaft Petersburgs am letzten Sonntag, 22. Januar, vor das Palais des Kaisers ziehen, um dem Kaiser folgende „Petition an den Zaren“ zu überreichen und in aller Ehrfurcht seine Antwort zu erbitten.

Petition an den Zaren.

Wir Arbeiter, Bewohner Petersburgs, kommen zu Dir. Wir sind elende, beschimpfte Sklaven und erstickt von Despotismus und Willkür. Als die Grenze der Geduld erreicht war, stellten wir die Arbeit ein und baten unsere Herren, uns nur das zu geben, ohne das das Leben eine Qual ist. Aber Alles wurde abgelehnt. Alles ist nach Meinung der Fabrikanten ungespätlich. Wir hier, viele Tausende, sowie das ganze russische Volk haben keine Menschenrechte.

Durch Deine Beamten sind wir Sklaven geworden. Jeder, der wagte, von dem Schutze der Interessen des Arbeiterstandes zu sprechen, wurde ins Gefängnis geworfen. Der gesammte Arbeiter- und Bauernstand wurde der Willkür überlassen. Das Beamtenhums besteht aus Mäubern und Dieben an Staatsgeldern. Das Beamtenhums brachte das Land in gänzliche Fehrrüttung, bürdete ihm einen schimpflichen Krieg auf und führt Rußland immer mehr an den Rand des Unterganges.

Das Volk ist jeglicher Möglichkeit beraubt, seine Wünsche und Forderungen auszubringen und an der Befestigung der Besteuerung und der Staatsausgaben teilzunehmen. Alles dies widerspricht menschlichem und göttlichem Recht. Wir wollen lieber sterben, als unter solchen Gesetzen weiter zu leben. Abgen unter solchen Verhältnissen die Kapitalisten und Beamten leben.

Kaiser, hilf Deinem Volke! Vernichte die Schelme. wand zwischen Dir und dem Volke. Rüge das Volk vereint mit Dir regieren!

Aus uns spricht nicht Dreistigkeit, sondern der Wunsch, aus einer uns Allen unerträglich Lage herauszukommen. Eine Volksvertretung ist unentbehrlich; es ist notwendig, daß das Volk selbst mitregiert; befehle, daß die Vertreter aller Stände und Klassen, auch der Arbeiter, berufen werden. Dies ist unsere Hauptbitt; wir haben aber noch andere.

Die Petition zählt dann diese Wünsche auf, die sich hauptsächlich auf die verzweiflungsvolle Lage der Arbeiter beziehen und schließt: Befiehl die Erfüllung unserer Bitten, und Du machst Rußland glücklich, wenn nicht, so sterben wir hier. Wir haben nur zwei Wege: Freiheit und Glück oder das Grab; wir bringen gern unser Leben Rußland zum Opfer dat.

Im Glauben des russischen Volkes ist der Zar das wohlwollende „Väterchen“ der gesammten Bevölkerung, das gern die Bitten seiner Unterthanen höre. Die russische Geschichte kennt viele solcher Fälle, wo das Volk in Massen zum Kaiser gegangen und dort auch ein williges Ohr gefunden hat. Selbst von Ivan dem Schrecklichen weiß man, daß er eine solche Massenprozession empfing und sich mit ihr verständigte. So haben auch die 300 000 Arbeiter geglaubt, die friedlich und unbewaffnet vor das Palais zogen und ihrem gewaltigen Zuge voraus gehen ließen einen Priester, der in der einen Hand das Bild des Zaren und in der anderen ein Heiligenbild hielt, um so den friedlichen Charakter des Massenaufzuges auch äußerlich zur Geltung zu bringen. Der Zar hat, ausgeht durch seine nähere Umgebung, nicht an diese friedlichen Absichten glauben wollen und ist zuerst mit seiner Familie nach dem Schloß „Jarosloje Selo“ und von dort nach dem „Peterhof“ geflüchtet. Die friedlich gesinnten Arbeiter aber wurden vor dem Schlosse von der Soldateska empfangen, die gleich ein fürchtbares Blutbad unter den friedlich gekommenen anrichtete. Die Schlächtere wurde an verschiedenen Stellen der Stadt tagsüber und bis in die Nacht hinein fortgesetzt, so daß die Rettungen am gestrigen Montag früh bereits von 3000 Toten und 20 000 Ferwundeten zu berichten wußten. Der „B. J. am Mittag“ telegraphirte ein Augenzeuge dieser entsetzlichen Vorgänge die folgende furchtbare Schilderung:

Es ist mir einfach unmöglich, die Eindrücke niederzuschreiben, die ich von den Kämpfen des gestrigen Tages erhalten habe. Es wurde während des größten Theiles des gestrigen Tages in einem Gebiet von 23 Quadrat-Kilometer ununterbrochen gekämpft und geschlachtet. Von 8 Uhr früh bis 7 Uhr Abends fuhr ich über ging ich in den Straßen umher und überall schritt ich über Haufen von Arbeiterleichen und zahlreichen Verwundeten. Das, was ich gesehen habe, war ein richtiges Schlachtfeld, doch waren die Greuel viel schlimmer als im wirklichen Krieg, da die Opfer fast alle wehrlos waren. Während ich mein Telegramm schreibe, sehe ich noch vor mir die fahlen, bleichen Gesichter der getödteten Arbeiter und die Gesichter der Verwundeten, auf denen der Ausdruck der größten Schmerzen geschrieben stand. In meinen Ohren klingt noch das fürchterliche Schreien der Menge, während sie von den Truppen niedergemetzelt wurde.

Während des Nachmittags ging ich in Bassill-Ostrom am rechten Ufer der Nema umher. Die breite gerade Straße mit ihren niedrigen Häusern waren von Arbeitern überfüllt, welche langsam in der Richtung des Winterpalais vorschritten. Sie wollten den Kaiser sehen und gingen ruhig und geduldig vor. Plötzlich sah man in der Entfernung die Kavallerie, welche heransprengte, um die Menge anzugreifen. Die Kavallerie ritt blindwüthig in die Menge und die Soldaten schlugen mit ihren Säbeln rechts und links, so daß viele Schadel zerschmetterten und viele Personen schwer verwundet wurden. Der weiße Schnee war von dem Blute roth gefärbt. Diejenigen, die von den Waffen verwundet wurden, litten noch mehr dadurch, daß sie von den Husen der sie überreitenden Pferde getreten wurden.

Diese Scenen wiederholten sich in allen Theilen der Stadt. Ueberall gingen die Menschenmassen ruhig vor und überall wurden sie mit einer ungläublichen Grausamkeit angegriffen, niedergeschossen, wiedergeföhren, durchbohrt und zertreten. Die Stadt sah aus, als ob sie gerade von einer feindlichen Armee im Sturm genommen worden wäre. Die Schreden des Tages werden unvergesslich bleiben für alle diejenigen, welche diese Ereignisse mit erlebt haben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese von den Arbeitern und den Studenten, die sich auf die Seite der Arbeiter stellten, gebrachten ungeheuren Blutopfer nicht umsonst gebracht sein werden. Das Blut schreit um Rache gen Himmel! Die Revolution über das ganze Land ist nun wohl nicht mehr aufzuhalten, und der Zar, den die ganze Verantwortung für dieses Blutbad trifft, hat damit dem Selbstherrschthum das Todesurtheil gesprochen. Ganz Europa steht mit seiner Sympathie auf Seite des um seine Menschenrechte kämpfenden russischen Volkes. Die blutigen Vorgänge in Rußland müssen das Ende des Krieges in der Man-

schurei zur Folge haben. Aus den Kämpfen gegen die Willkür wird hervorgehen müssen ein verfassungsmäßiges Staatsleben, und nur wenn dieses geschieht, wird Rußland sich einreihen dürfen in die Reihen der Kulturstaaten.

Die Petersburger Arbeiter haben ihr Blut geopfert für die Freiheit und den Fortschritt, das darf ihnen das russische Volk nie vergessen!

Wochenplan.

Berlin, 24. Januar 1905.

Auf den Aufruf des Zentralrats um Hilfe für die Bergarbeiter hat Herr Rudolf Mosse uns gestern den Betrag von 10 000 Mk. überreichen lassen mit folgendem Begleitbrief:

Rudolf Mosse, Berlin SW., 28. Januar 1905.
Verleger, Jerusalemstr. 46/49.

„Berliner Tageblatt“.

An den Verbandsleiter der Deutschen Gewerkschaften

Herrn R. Klein,

Berlin NO.,

Greifswalderstr. 221/23.

In Folge des durch den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiete hervorgerufenen Notstandes sehe ich mich veranlaßt, einen Betrag von 10 000 Mk.

zu bewilligen. Es ist mein Wunsch, daß diese Summe zur Bänderung der Roth der Bergarbeiterfamilien, besonders solcher mit zahlreichen Kindern, verwendet werde.

Der Betrag folgt anbei und bitte ich um gefl. Empfangsbescheinigung.
Hochachtungsvoll

Rudolf Mosse.

Wir quittieren über diesen erheblichen Betrag mit herzlichem Danke. Der hochherzige Spender ist selbst Großunternehmer und Mitglied der Berliner Handelskammer, was den moralischen Werth der Gabe noch erhöht. Möge sein edles Beispiel noch vielfache Nachahmung finden!

Weder die Frage der Tarifverträge sprach am Donnerstag voriger Woche in einer stark besuchten Maschinenbauer-Versammlung im großen Saale des Verbandshauses in Berlin Generalsekretär Gustav Hartmann. Der Vortrag fand wohlverdienten stürmischen Beifall. Nach einer lebhaften Debatte, an welcher auch unser Verbandsamwalt Dr. Max Hirsch theilnahm und für seine Ausführungen starken Beifall fand, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen.

Resolution.

Die wirtschaftlichen Kämpfe der neueren Zeit beweisen aufs Neue die Nothwendigkeit von Tarifverträgen zwischen Arbeitern und Unternehmern, welche auf gleichberechtigter Grundlage abgeschlossen sind und bei denen die Organisationen der Arbeiter, welche in den betreffenden Branchen in Frage kommen, in gleichberechtigter Weise theilhaftig sein müssen. Die Tarifverträge sollen einen Ausgleich sozialer Gerechtigkeit bilden, und da das Programm der Deutschen Gewerkschaften, von dem Gedanken der Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Unternehmer ausgehend, die Tarifverträge als ein Mittel zur Förderung der gesamten Volksinteressen betrachtet, so ist es Pflicht aller Mitglieder, überall dort, wo sich die Möglichkeit bietet, Tarifverträge anzubahnen oder durchzuführen, oder wo von anderen Organisationen Tarifverträge mit Ausschaltung des Gewerkschaftsverbandes abgeschlossen werden sollen, dem Ortsvereins-Ausschuß, resp. dem Agitationsleiter und Lokalbeamten sofort hiervon Kenntniß zu geben. Wird der Gewerkschaftsverband von anderen Arbeiter-Organisationen nicht als gleichberechtigt bei der Festlegung von Tarifverträgen anerkannt, dann ist die Leitung des Gewerkschaftsverbandes verpflichtet, auf eigene Hand mit den Unternehmern zur Herbeiführung von Tarifverträgen in Verbindung zu treten.

Mit einem brausenden Hoch auf den Gewerkschaftsverband der Maschinenbauer- und Metallarbeiter schloß Vorsitzender J. Schumacher die Versammlung gegen 11 1/2 Uhr Nachts.

Der Dresdener Sozialpolitiker Prof. Dr. Böhmert richtet an die Unternehmer und Arbeiter im Ruhrgebiet ein ernstes Friedenswort:

Es war am 19. Januar gerade ein Jahr seit der Beendigung des Streikes der Gruppensänger Weber verfloßen. Jener Streik, der soviel Theilnahme in ganz Deutschland erregte, hätte sehr leicht noch vor Wahnungen mit einem verständlichen Kompromisse abgeschlossen werden können, wenn die Unternehmer es nicht verweigert hätten, sich vor dem seitens der Arbeiter angeregten Gewerkschaft über einen Vergleich zu verständigen. Der scheinbare Sieg der Unternehmer in Gruppensänger hat die Gegensätze dort nur verschärft und den Wohlstand in Gruppensänger und Umgebung schwer geschädigt. Die schlimmste Folge des Gruppensänger Streiks besteht darin, daß auch im übrigen Deutschland manche Unternehmer ermuntert worden sind, es lieber auf einen Streik ankommen zu lassen, als einen verständlichen Standpunkt einzunehmen. Auch in dem republikanischen Nordamerika sehen die Unternehmerverbände den Arbeitern schroffer als je gegenüber. Die Kellereien der Berliner Kaufmannschaft sagen aber in einem ihrer letzten Berichte mit Recht: In dem internationalen Wettbewerb der Zukunft wird die Industrie die härteste sein, der es gelingt, für das Zusammenwirken von Arbeitgebern und

Arbeitern Formen zu finden, welche am besten geeignet sind, die Zahl der Unterbrechungen zu mindern. Solche Formen sind in dem deutschen Reichsgesetz über die Gewerbeurtheile gegeben. Wir raten den deutschen Bergleuten, zur Abwendung drohender Gefahren für ihre Familien und für den ganzen deutschen Volkswohlstand den allein gerechten, klugen und verständlichen Standpunkt einzunehmen, auf welchen das Reichsgesetz hinweist, und überall die Gewerbeurtheile zur Schlichtung der ausgebrochenen Streitigkeiten aufzufordern!

Die Arbeiter sind zum Verhandeln bereit. Das Berggewerbegericht sollte seinerseits beiden Parteien die gemeinsame Verhandlung nur anbieten, es würde sich dann bald zeigen, ob die Unternehmer halbhartig verbleiben wollen.

Das Streben der Arbeiter, zu einer möglichst hohen Bildung zu kommen, wird durch und in der Stadt Berlin in vielfältiger Weise thätig unterstützt. Die städtischen Fortbildungsanstalten umfassen alle Fächer praktischer Bildung. Unter den privaten Unternehmungen nimmt die von unserm Verbandsamwalt Dr. Max Hirsch vor mehr als 25 Jahren begründete Volkshochschule Humboldt-Akademie den ersten Platz ein. Für die Arbeiter sind wieder leichtverständliche volkstümliche Vortragsreihen eingerichtet worden in der Lehrstätte N.O. (Königsstadt), im königlichen Realgymnasium, Elisabethstraße 57/58. Die Vorträge beginnen Montag, 6. Februar. Die Reihen von sechs Vorträgen kosten 50 Pf. Nur die Reihen Dr. E. Hirschberg und Dr. D. Fischel kosten wegen theurer Auslagen 1 Mk. bzw. 1,25 Mk. Wir lassen hier das Verzeichniß der Vortragsreihen folgen und bitten unsere Mitglieder, recht regen Antheil zu nehmen an diesen Vorträgen.

Das Auge und seine Pflege. Mit Demonstrationen und Abbildungen. Augenarzt Dr. Wurm. Donnerstags 8 1/2—9 Uhr. Beginn: 9. Februar. — Die menschlichen Ausdrucksbewegungen. (Mimi). Mit Demonstrationen. Dr. Richard Baerwald. Donnerstags 8 1/2—9 Uhr. Beginn: 9. Februar. — Philosophie und Christenthum. I. Philosophische Beleuchtung des Sittengesetzes. Dr. Maximilian Runge. Dienstags 7 1/2 bis 8 Uhr. Beginn: 7. Februar. — Die religionsphilosophischen Grundgedanken der großen Denker und Dichter. II. Dr. Maximilian Runge. Dienstags 8 1/2—9 Uhr. Beginn: 7. Februar. — Franz Schubert. II. Abtheilung. Gesangs-Kompositionen (Fortsetzung). Mit gesanglichen Erläuterungen. Dr. Leopold Hirschberg. Dienstag 9 1/2—10 Uhr. Beginn: 7. Februar. — Blüthezeiten der Kunst. Mit Lichtbildern und Photographien. Dr. Oskar Fischel. Donnerstags 8 1/2—9 Uhr. Beginn: 9. Februar.

Natürlich können auch die Frauen und Töchter an den Vorträgen theilnehmen.

Internationale Arbeiterverschutzkonferenz. Wir haben bereits mitgetheilt, daß der schweizerische Bundesrath 15 Staaten eingeladen hat zu gemeinsamen Beratungen über den Arbeiterschutz. Das Schreiben lautet wie folgt:

„Herr Minister! Im Auftrage der von der Kölner Delegirtenversammlung der internationalen Vereinigung für gezielten Arbeiterschutz eingesetzten Kommission hat uns das Bureau dieser Vereinigung ersucht, eine internationale Konferenz zur Regelung der folgenden Fragen des Arbeiterschutzes einzuberufen: 1. Verbot der Verwendung des weißen Phosphors bei der Herstellung von Zündhölzchen. 2. Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen.

Was den zweiten Punkt betrifft, so ergibt sich aus den Erörterungen des Bureaus und den Resolutionen der vorerwähnten Kommission (Verhandlungen vom 10. und 11. September 1903 in Basel), daß die Frage folgende Postulate umfaßt: a) Unter dem Ausdruck „Frauen“ sind alle Arbeiterinnen ohne Altersunterschied zu verstehen. b. Das Verbot der Nachtarbeit soll darin bestehen, daß sämtlichen in irgend einem gewerblichen Betrieb, das außerhalb ihres Haushalts, beschäftigten Arbeiterinnen eine ununterbrochene zwölfstündige Arbeitsruhe von Abends bis Morgens gesichert sein soll. c) Von den Verböten können Ausnahmen für Fälle drohender oder bereits eingetretener Betriebsgefahr vorgeesehen werden. d) Die Arbeiterinnen, die Rohmaterialien zu verarbeiten haben, die einem raschen Verderben ausgesetzt sind, z. B. jene der Fischerei und gewisser Arten der Obstverarbeitung können die Erlaubniß zur Nachtarbeit in jedem Falle erhalten, in welchem dies notwendig ist, um den sonst unvermeidlichen Verlust der Rohprodukte hintanzuhalten. e) Diejenigen Betriebe, bei denen zu gewissen Jahreszeiten ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, werden durch die Uebergangsbestimmung, welche die Dauer der ununterbrochenen Nachtarbeit auf zehn Stunden festsetzt, Zeit für die Ueberstunden finden, deren sie beim gegenwärtigen Stand ihrer Organisation bedürfen. f) Für die Ausführung der Reformen können bestimmte Fristen festgesetzt werden.

Ausschluß über diese Fragen enthalten auch die beiden Veröffentlichungen „Denkschrift über das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors in der Zündhölzchenindustrie“ und „Denkschrift über das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen“. Diese Denkschriften sind den verschiedenen Regierungen im Jahre 1904 durch das Bureau der internationalen Vereinigung im Namen der Kommission aufgestellt worden. Wir haben bei den Regierungen einer Anzahl Staaten in vertraulicher Weise Erkundigungen eingegeben, um zu

Ortsvereine rechnen; aber daran fehlt es leider. Es muß hier wieder die Thatsache konstatiert werden, daß die numerisch stärksten Ortsvereine in Versammlungen und Vertreterfunktionen am meisten durch Abwesenheit glänzen, und trägt dieser Umstand wahrlich nicht zu einer vortrefflichen Geschäftsführung des Ortsverbandes bei. Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden in 6 Vertreterfunktionen, 2 Ausschüßfunktionen, 3 kombinirten und 2 öffentlichen Versammlungen erledigt. Da dieses Jahr die Wahlen für das erweiterte Gewerbegericht gethätigt werden mußten, so ließ es sich der Ortsverband sehr angelegen sein, die Einführung des Proportionalwahlgesetzes zu erlangen. Die Verhandlungen, welche Kollege Lange im Namen des Ortsverbandes mit dem Herrn Oberbürgermeister führte, hatten dann auch den gewünschten Erfolg. Zur Agitation für die Gewerbegerichtswahl waren 5 öffentliche Versammlungen in Aussicht genommen. Hier zeigte sich die Interesslosigkeit der Mitglieder im schönsten Lichte. Wegen zu schwachen Besuch es wurden nur drei abgehalten, während die anderen drei zurückgestellt wurden, da der effektivste Nutzen mit den Kosten nicht zu vereinbaren war. In der Wahlbeteiligung selbst ist die Thatsache zu konstatieren, daß die Rülheimer Gewerbevereine nicht energisch genug ihren Standpunkt vertreten und sich zu viel von Anderen beeinflussen lassen, sonst müßte das Resultat ein anderes gewesen sein. Von 800 angemeldeten Wählern haben nur 324 ihr Wahlrecht ausgeübt. Darauf ist es zurückzuführen, daß nur 3 Gewerbevereine ins Gewerbegericht gewählt sind. Der Vorgang lehrt, wie notwendig die Aufklärung ist. Hoffentlich wird der neue Vorstand des Ortsverbandes sein Hauptaugenmerk auf diesen Punkt richten. Durch Vermittlung der Prekominmission ist es gelungen, mit den hiesigen Sozialzeitungen Beziehungen anzuschließen, daß die Versammlungsanzeigen sämtlicher dem Ortsverbande angeschlossenen Ortsvereine monatlich einmal im Versammlungskalender veröffentlicht werden. Mit den erzielten Erfolgen braucht der Ortsverband immerhin nicht ganz unzufrieden zu sein. Darum auf, Kollegen, immer weiter gearbeitet, damit das Jahr 1905 uns ganz befriedigen kann!

Richard Schenk, Ortsverbands-Sekretär.

Gewerbevereins-Zeitel.

Steina b. Strenzburg a. U. Der D.-B. der Fabrik- u. Handarbeiter feierte am 14. Januar sein 1. Stiftungsfest im Saale zum goldenen Anker unter Theilnahme und Mitwirkung mehrerer auswärtiger Vereine. Zahlreich waren die Genossen sowie das Publikum des Ortes herbeigekommen, so daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Nachdem das Fest mit Konzert eingeleitet war, hielt um 5 Uhr Herr Schatzmeister Hübner die Festrede und schilderte die Leistungen der Deutschen Gewerbevereine, und betonte insbesondere, daß es unsere heiligste Pflicht sei, unter der Menge der Indifferenten eine rege Agitation zu entfalten. Zum Schluß forderte der Redner alle Anwesenden auf zu einem kräftigen Hoch auf Kaiser Wilhelm II. Auf dasselbe folgte ein Hoch auf unsern Anwalt Dr. Max Hirsch und die Deutschen Gewerbevereine. Alles fand begeisterten Anklang. Das schöne Fest, welches ohne jeden Mißton verlief, wird den Mitgliedern sowie den Gästen noch lange in Erinnerung bleiben.

Carl Kühlemann, Schriftführer.

Granshüg. Der Ortsverband Granshüg und Umgegend hielt am Sonntag, 15. Januar, im Kramers'schen Lokale zu Neilschüg seine erste diesjährige gut besuchte Generalversammlung ab. Aus der reichhaltigen Tagesordnung wurden folgende Punkte mit regem Interesse der Versammlung berathen: Der Eintritt in den Weisenfelder Agitationsverband, welcher durch Befürwortung des Vorsitzenden Wille und anderer Genossen nach eingehender Berathung einstimmig Annahme fand. Es wurde dann vom Vorsitzenden vorgeschlagen, im Monat März eine kombinirte Versammlung der Ortsverbände Hohenmölsen, Granshüg und des Agitationsverbandes Weisenfeld nach Granshüg einzuberufen, um die nothwendigsten Tagesfragen und Agitation im kommenden Jahre zu besprechen. Es schloß sich hieran ein Vortrag des Vorsitzenden H. Wille über das Thema: Warum sind wir Gewerbevereiner? Redner schilderte in klar verständlicher Weise die Bestrebungen und Ziele unserer Organisation und betonte, daß trotz der vielen Anfeindungen von rechts und links, die Gewerbevereine ihren Lauf um keines Fußes Breite geändert hätten, sondern vielmehr in der Bahn, welche ihnen seit Gründung der Organisation vorgeschrieben, fortgeschritten seien. Redner beleuchtete die Streiks im vergangenen Jahre und hebt besonders folgende: den der Metallarbeiter in Berlin, der Bauhandwerker in Weisenfeld und den der Textilarbeiter in Grimmitzschau, hervor, und betont, in welcher unläuterer Weise bei diesen Streiks von den Gewerkschaften verfahren sei, daß man sogar die für die Streikenden gesammelten Gelder, im Falle Grimmitzschau, einfach in die Kasse der Textilarbeiterverbände gethan habe, obgleich noch so viele arme Schinder in hilfsbedürftiger Lage sich befänden. Redner macht bei der Versammlung klar, daß dies im Gewerbeverein niemals vorkommen könne, bei den Gewerkschaften gehe man über so etwas hinweg, wie der Wind über die Stoppelfelder. Zum Schluß ermahnt Redner die anwesenden Genossen, im neuen Jahre thätig zu agitieren, in der Hauptfrage die Agitation von Mund zu Mund unter den Arbeitskollegen zu betreiben; dann würden auch immer mehr neue Kämpfer unseren Reihen zugeführt werden. Diejenigen aber, die durchdrungen sind vom Geiste unserer Organisation, sollten treu halten zu ihr in Freud und Leid, dann werden wir erstarren zum Wohle der Arbeiterschaft, zum Wohle des gesammten Vaterlandes.

Karl Göke, Ortsverbandssekretär i. B.

Greifswald. Der D.-B. der Frauen feierte am Sonntag, 14. Januar sein 1. Stiftungsfest, zu welchem eine große Zahl von Theilnehmern erschienen war. Nachdem einige Konzertsätze vertlungen waren, begrüßte die Vorsitzende Frau Drews die Erschienenen und ließ sie herzlich willkommen. Genosse Prehls dankte für die freundliche Einladung und herzlichste Begrüßung; ihm sei es eine Freude, unter so großer Theilnehmung dieses schönen Fest mitzufeiern zu können, zumal es vor einem Jahre schwer hielt, die genügende Zahl Mitglieder zusammen zu kriegen, um einen Ortsverein der Frauen zu gründen, welcher während der Meinen Spanne Zeit eines Jahres von 10 bis auf 85 Mitglieder gewachsen sei. In dem Genosse Prehls die Anwesenden ersucht, mit ihm in ein dreifaches Hoch auf Se. Majestät den Kaiser einzustimmen, hob sich der Vorhang der Bühne, auf der in hübscher Gruppierung das lebende Bild „Kaiserjubelung“ zu sehen war. Hierauf hielt Genosse Blüthner-Stettin die Festrede und übermittelte die besten

Grüße und Glückwünsche vom Vorstand des Norddeutschen Ausbreitungsverbandes und vom D.-B. der Frauen und Mädchen-Stettin. In seiner Festrede wies er besonders darauf hin, wie nothwendig es sei, daß auch die Frau sich einer Organisation anschleße, es sei nicht nöthig, daß sie gewerblich thätig sei, um in einer Organisation thätig mitzuwirken. Wenn auch sie als Hausfrau nicht viel Nutzen davon habe, so könne es oftmals ihren Töchtern zu gute kommen. In dem Redner dann noch unsern Anwalt Dr. Max Hirsch gedachte und auf denselben ein dreifaches Hoch ausbrachte, ersuchte er die Anwesenden dafür zu sorgen, daß ihre Frauen und Töchter sich dem D.-B. der Frauen anschließen und wünschte dem Verein weiteres Blühen und Gedeihen. Den Schluß der Rede bildete ein Hoch auf den D.-B. der Frauen. Die Schriftführerin des Vereins, Frau Nehls, dankte hierauf dem Redner für seine Worte und schloß daran eine Ansprache. Alsdann wurde das Duett „Soldatenliebe“ von den Spielern erakt aufgeführt, welche reichen Beifall ernteten. Auch reibliche Mühe gaben sich die Spieler des Einactes „Tante Müller kommt“, die gleichfalls mit reichem Applaus belohnt wurden. Das von zwei Kolleginnen vorgetragene Gesang-Potpouri „Abschied von der Pension“ wurde nett ausgeführt. Das hierauf folgende Langfranzösisch hielt die Festtheilnehmer bis in die frühe Morgenstunde beisammen.

Frau Maria Nehls, Schriftführerin.

Cottbus. Dem unermüdblichen Streben der Ortsvereine von Cottbus und Umgegend ist es gelungen, die nöthigen Vorarbeiten für die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Cottbus zu erledigen, sodas die Eröffnung desselben voraussichtlich am 1. April cr. erfolgen kann. Die Leitung wird ein erprobter Genosse in die Hand nehmen; auch haben drei der ersten Rechtsanwältinnen der Stadt ihren Rath unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Von allen nichtsozialdemokratischen Arbeitern wird dem Sekretariat große Sympathie entgegengebracht, was schon daraus hervorgeht, daß der katbolische und der evangelische Arbeiterverein, sowie der Werkmeisterrverein sich an der Gründung beteiligen. Mit dem Sekretariat soll auch ein Arbeitsnachweis verbunden werden.

Wittgenbors. Der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter hielt am 15. Januar im Vereinslokale seine Monatsversammlung ab, zu welcher der Agitationsleiter H. Rentwich-Niederhermsdorf erschienen war. Der Vorsitzende des Vereines Herr Joh. Beer eröffnete die Versammlung und begrüßte die anwesenden Genossen. Nach Erledigung des geschäftlichen Theils ergriff Herr Rentwich das Wort zu einem Vortrage über unsere Krankenlosse und die innere Organisation. Der Vortrag informirte sehr gut und gab ein klares Bild über die Nothwendigkeit, daß die mäßige Erhöhung der Beiträge habe eintreten müssen. Das Simultanentwien, welches in jeder Organisation vorzukommen und die Kassen über Gebühr belaste, sei tief zu beklagen und müsse ausgerottet werden. Redner betonte, daß es doch von großem Nutzen für jedes Mitglied sei, daß darauf Jeder Acht gebe. Sodann sprach Redner über die Nothwendigkeit der Organisation und machte es den anwesenden Genossen verständlich, wie nöthig es sei, daß sich jeder deutsche Arbeiter unserer Organisation anschleße, deren Bestreben es sei, auf gesetzlichem Wege und durch die Selbsthilfe die Arbeiter zu unterstützen und zu fördern. Zum Schluß des Vortrages forderte der Vorsitzende Herrn Rentwich auf, die Genossen über Thätigkeit und Zweck der Arbeitersekretariate, sowie der Ausbreitungsverbände, zu informiren, welcher Aufforderung der Referent mit Freuden nachkam. Selbsther Beifall belohnte dem Redner für seinen lehrreichen Vortrag.

Robert Raab, Schriftführer.

Verbands-Zeitel.

Verband der Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Daunders-Sammelliste)
für die streikenden Bergarbeiter und andere durch den Streik ausgeperrte Arbeiter.

- Bauhandwerker:** Profen Wf. 20,00. **Bildhauer:** Offenburg 5,00. **Deutsche Frauen:** Hamburg-Altona 10,00, Rauban 2,10. **Fabrik- und Handarbeiter:** Cunnerdorf 5,00, Hartau 12,85, Gröbzig 7,65, Demnia 10,00, Ober-Salzbrunn 5,00, Erfurt I 3,50, Görzig 5,00, Dittersbach 7,00, Eberburg 5,00, Hartau I 23,35, Waldenburg 10,00, Hermsdorf u. Knast 9,00, Briz 3,00, Alt-Bäzig 8,80, Rangwalterdorf 8,50, Wittsaff 20,00, Dessau 15,00, Leipzig-Gohlis 6,10, Nieder-Hermsdorf 10,00, Briz 8,70, Spandau 16,50, Aue b. Briz 6,10. **Graph. Kerne:** Raumburg 2,60, Annaburg 15,00, Stettin 8,00, Chemnitz 5,00. **Kaufleute:** Berlin IX 17,00, Berlin IV 32,00, Berlin VIII 4,50, Berlin II 20,00, Kötzigberg 5,00. **Klempner und Metallarbeiter:** Hirschberg i. Schl. 18,75. **Konditoen:** Berlin I 7,00, Berlin II 70,00. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Berlin III 100,00, Altenburg 5,00, Balbert 7,00, Berlin-Stemms-Rudenhof II 24,45, Eünen 15,00, Berlin I 50,00, Aplerbeck 10,00, Köln a. Rh. 15,00, Walf.-Burbach 10,00, Reggen 7,00, Landau i. Pfalz 3,90, Berlin II 20,00, Berlin gesammelt im Verbandsbause am 19. I. 34,35, Oberöblingen 10,00, Deuz 15,00, Reinoldendorf 10,00, Mägeln 10,00, Woblau 7,00, Deuz 24,50, Bieren 7,00, Schramberg 24,70, Hellbronn 7,00, Gr.-Schwagwitz 16,00, Eßtau 31,70, Bernburg 9,00, Denabrück 10,00, Köhnen 3,00, Brien 10,00, Dresden III 10,00, Leipzig II 10,00, Einfiel 2,25, Gaarden 87,05, Berlin X 3,50, Bonn 31,60, Grünberg 4,00, Sipphe 8,00, Zeig 41,50, Altenburg 5,00, Cottbus 18,50, Berghofermarkt 11,50, Köhlerhau 15,00, Targelow 30,00, Rapphütte 5,75, Rathenow 15,00, Bromberg 17,15, Königsberg 20,50, Karmoda 15,30, Breslau V 6,00, Leipzig IV 15,00, Zauer 2,90, Neumarkt i. Schl. 4,75. **Schneider:** Erfurt 2,00, Erlangen 8,00, Berlin III 7,64. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Kummelsburg 5,00, Wülheim-Broich 11,85, Worms 20,05, Spandau 25,00, Sprottau 3,10, Berlin I 15,00. **Stuhlarbeiter:** Lannhaußen 5,00, Neufirchen 2,80, Weisau 11,00. **Gesammelt in der Bruno Brunner'schen Fabrik Reufirchen 3,80. Tischler:** Spandau 18,10, Schweim 25,00, Köln a. Rh. 9,50, Rabeberg 16,40, Görzig 10,30, Halle a. S. 6,00, Wölferdorf 10,60, Briz I 41,85, Jerbst 42,00, Posen 6,65, Themar 6,25. **Töpfer:** Orunau, Westpr. 9,40, Salkg 5,00, Graubenz 10,85, Jawodzie 7,45, Waldenburg 9,00. **Ortsverbände:** Dirschau 3,30, Leopoldshau-Stahfurt 10,00, Döbenburg 5,00, Hagen i. Westf. 5,90, Kawitz 5,00, Siegnitz 20,00, Halle a. S. 10,00, Chemnitz 3,00,

*) Selbstendungen an den Verbandssekretär Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223.

erfahren, welche Aufnahme ein von der Schweiz ausgehender Vorschlag betreffend die Einberufung einer internationalen Konferenz finden würde. Beinahe alle Staaten zeigten sich geneigt, einem Vorschlag zur Abhaltung einer solchen Konferenz ihre Zustimmung zu erteilen. Der Bundesrat glaubt unter diesen Umständen seinem bisherigen Vorgehen entsprechend, dem an ihn gerichteten Begehren Folge geben zu sollen. Auch wir würden es lebhaft begrüßen, wenn endlich, und wäre es auch nur in beschränktem Maße, die Idee einer internationalen Verständigung über gewisse Fragen des Arbeiterschutzes verwirklicht werden könnte.

Wir hegen die feste Zuversicht, daß die Konferenz sich nicht mit theoretischen Kundgebungen begnügen, sondern trachten werde, eine wirkliche Verständigung zwischen den Staaten anzubahnen. Wir sind der Meinung, daß die Konferenz zu diesem Zwecke die Grundsätze von internationalen Übereinkünften feststellen sollte; damit soll selbstverständlich den Absichten der an der Konferenz vertretenen Regierungen nicht vorgegriffen werden, und es würde der Abschluß der Übereinkünfte selbst vollständig späteren diplomatischen Unterhandlungen vorbehalten bleiben. Wir schlagen vor, die unter Ziffer 1 und 2 unter Lit. a-f näher bezeichneten Fragen in das Programm der Konferenz aufzunehmen. Die Idee, das Verbot der Nachtarbeit auch auf die jugendlichen Arbeiter auszudehnen, ist von verschiedenen Seiten als unzeitgemäß bezeichnet und fallengelassen worden. Es steht zu hoffen, daß in Folge der Beschränkung des Programms auf einige wenige Punkte die Konferenz eher zu einer fruchtbringenden Verständigung gelangen werde.

Die internationale Konferenz wird am Montag, 8. Mai 1905, um 3 Uhr Nachmittags, im Ständerathssaal des Bundeshauses in Bern zusammengetreten. Die Einladung wurde den Regierungen der folgenden Staaten zugestellt: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Rumänien, Serbien, Schweden und Norwegen.

In Neumünster ist ein Streik der Fleischergehilfen in der Fleischkonjervenfabrik ausgebrochen. Ein Geselle hielt im Speisesaal während der Mittagspausen sozialdemokratische Reden. Da ihm unterlag wurde, die Kasse in Versammlungen umzuwandeln, legte er die Arbeit nieder und mit ihm weitere 18 Gesellen, deren Namen in der Deutschen Fleischerzeitung zu einem nicht mißzuverstehenden Zweck veröffentlicht werden. Nach dem genannten Blatt wurden sämtliche Gesellen wegen Aufwiegelung, Bedrohung und Widerstand gegen die Staatsgewalt verhaftet und nach Angabe ihrer Wohnungen wieder entlassen. Der Zugang an Arbeitskräften soll so groß gewesen sein, daß die Firma in den lokalen Zeitungen eine Warnung vor weiterem Zugang entlassen mußte.

Worin die Aufwiegelung, Bedrohung und Widerstand gegen die Staatsgewalt bestanden, wird nicht gesagt, so daß die Verhaftung der in den Zustand getretenen Gesellen in höchstem Maße befremdend erscheinen muß.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1904.

Ortsverband Brandenburg a. S.
Die laufenden Geschäfte wurden in 5 Ausschüßungen, 3 kombinierten Ausschüßungen und 4 ordentlichen Generalversammlungen erledigt. Am 24. Januar ging ein längst gehegter Wunsch in Erfüllung; es gründete sich mit Hilfe des Vorstandes der Maschinenbau- und Metallarbeiter ein D.-B. der Frauen. Derselbe entwickelte sich kräftig und verspricht ein guter Zweig am Baume der Deutschen Gewerbetreue werden zu wollen; im Juli trat dieser Ortsverein dem Ortsverbande bei. Auch beim D.-B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist für dieses Jahr ein guter Erfolg zu verzeichnen, denn derselbe hat seine Mitgliederzahl erheblich vermehrt, ein gutes Zeichen für die tüchtige Leitung dieses Ortsvereins. Auch in die anderen Ortsvereine ist ein frischer Zug gekommen; die Ausschüsse sind thätig auf dem Posten. Daß die Agitation am hiesigen Ort einen kräftigen Aufschwung erfahren hat, liegt mit an dem guten Zusammenarbeiten des Ortsverbandsausschusses mit den Ausschüssen der einzelnen Ortsvereine. Wo es das praktische Interesse der Arbeiter erforderte oder auch nur wünschenswert machte, sind wir mit den Gewerkschaften gemeinsam vorgegangen, und sind auf diese Weise in manchen Betrieben erhebliche Verbesserungen herbeigeführt worden. Auch haben die Gewerkschaften hier am Ort eingesehen, daß ohne die Gewerbetreue in keine Bewegung eingetreten werden kann. Der vernünftigen Arbeiterschaft ist dadurch sehr gedient.

An großen Versammlungen haben stattgefunden: Am 16. März vom Gewerbetreue der Frauen und Mädchen, Referentin Fräulein Margarethe Friedenthal-Berlin; am 24. September vom Ortsverband, Referent Herr Ostermann-Berlin; am 3. Dezember vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Referent Herr Schumacher-Berlin; alle drei Versammlungen waren ziemlich gut besucht und hatten für die Gewerbetreue gute Erfolge, denn es war nach Schluß jeder Versammlung ein erheblicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Der Lob entriß uns 2 Verbandskollegen, und zwar Kollegen Richard Kahlow am 15. Juni und Friedrich Schulze am 28. Dezember; beide Kollegen waren brave und treue Gewerbetreue. Zum Ortsverbande gehören bei Jahresluß 4 Ortsvereine mit zusammen ca. 300 Mitgliedern.

V. B. Haseloff, Ortsverbands-Sekretär.

Ortsverband Förderstedt.
Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 5 Ausschüßungen und 5 Versammlungen, die meistens gut besucht waren, denn die Mitglieder beteiligten sich mehr an den Versammlungen als im Vorjahre. Die Agitation

wird vorläufig nur im Verband betrieben, um die dazu gehörenden Ortsvereine zu kräftigen. Im Monat Juni wurde in Förderstedt ein Verbandsfest gefeiert und waren viele Ortsvereine von Fern und Nah dazu erschienen. Es war aber auch eine wirklich schöne Feier in dem schönen, dazu besonders geeigneten Festlokal. Die Festrede hielt Genosse A. Schelle. In Brumby fand im Herbst eine größere Versammlung statt, mit einem Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz. Der Vortragende hatte in seiner Rede den Anwesenden Alles so klar und deutlich auseinandergesetzt, daß sie alle mit voller Befriedigung die Versammlung verließen, zugleich mit dem Wunsche, öfter Vorträge zu hören. Der Ortsverband besteht, zugleich mit dem Vereine mit ca. 460 Mitgliedern.

Im neuen Jahr sollen mindestens 7-8 Versammlungen stattfinden und soll, wenn möglich, in jeder Versammlung ein Vortrag gehalten werden. Sollten nicht immer geeignete Genossen im Ortsverbande sich finden, so sollen von auswärts geeignete Personen herangezogen werden. Die Agitation nach außen soll ebenfalls im kommenden Jahr flott betrieben werden. Mit freudigem Schaffen und regem Eifer soll ans Werk gegangen werden.
G. r. Schelle, Schriftführer.

Ortsverband Halle a. S.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden erledigt in 6 Versammlungen, davon waren 2 öffentlich. Ausschüß, Vertreter, Agitationskommissionen, u. s. w. Sitzungen wurden 15 abgehalten. Zum Ortsverband gehören 24 Ortsvereine mit einer Mitgliederzahl von 1138. In den stattgefundenen Versammlungen wurden Vorträge gehalten von Eibel-Stadtlitz (Zweck, Ziel und Aufgaben der Ausbreitungsverbände), Spröte-Halle a. S. (Warum müssen sich die Arbeiter organisieren?), Herbergher-Halle a. S. (Ueber den 15. Verbandstag), Gerhardt-Halle a. S. (Was haben die Verbände für Aufgaben?), Spröte-Halle a. S. (Die Wahlen zum Reichsversicherungsamt), Goldschmidt-Berlin (Alte und neue Streitfragen in der Arbeiterbewegung), Samih-Halle a. S. (Christliche Gewerkschaften). Die Versammlungen erfreuten sich meist eines guten Besuchs. Die Agitationskommission hat auch in diesem Jahre fleißig gearbeitet. Die Kommission besuchte 13 Ortsvereine einmal, 5 Ortsvereine zweimal bzw. dreimal. Zu Agitations-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken fanden 2 Unterhaltungsabende, ein Sommerfest und eine Besichtigung des Zoologischen Gartens statt. Aus dem Ueberfluß dieser Veranstaltungen wurden die Kosten zur Wandertafel und sonstige außerordentliche Unterstüßungen bestritten. Als weitere Thätigkeit ist die zu Anfang letzten Jahres auf Anregung der Ortsverbände Magdeburg und Erfurt herbeigeführte Gründung eines Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes zu nennen. Der Ausschüß des hiesigen Ortsverbandes hatte die Vorarbeiten hierzu übernommen, und wurde, nachdem alle Ortsvereine und Ortsverbände Mitteldeutschlands mit Informationen und Einladungen versehen waren, am 7. Februar eine Bezirkskonferenz in Halle abgehalten. Derselbe war vom Centralrat, von verschiedenen Generalräthen, 12 Ortsverbänden und 52 Ortsvereine durch Vertreter derselben besucht. Die Verhandlungen wurden eröffnet und geleitet vom Ausschüß unseres Ortsverbandes. Die Konferenz dauerte vom Morgens 11 Uhr bis Abends 7 Uhr und brachte die Gründung des Ausbreitungsverbandes zu Stande. Der Ortsverband wurde beauftragt, einen vorläufigen Vorstand bis zum Stattfinden eines Delegirtentages aus den Reihen seiner Mitglieder zu wählen, welches dann in einer der nächsten Versammlungen stattfinden soll. Erwähnt sei noch, daß regelmäßig in jedem Monat einmal ein Diskutirtag stattfindet. Die Einrichtung hat sich als segensreich bewährt. Verbandskollegen, es ist Pflicht eines jeden Gewerbetreues, thätig an dem Mund zu Mund zu agitieren und die Versammlungen zu besuchen. Auf die thätigste Mithilfe aller Verbandsgenossen muß der Ausschüß sich stützen können, wenn die Arbeit erfolgreich sein soll. Dies muß sich auch bei der bevorstehenden Gewerbetreuwahl zeigen.
Rich. Meyer, Sekretär.

Ortsverband Kaiserslautern und Umgebung.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 15 Sitzungen, 4 kombinierten Ausschüßungen und 7 Versammlungen. Von den Versammlungen wurden sechs in Kaiserslautern und eine in Erbenbach abgehalten. Von auswärtigen Referenten sprachen in zwei Versammlungen Kollege Walzer-Mannheim und in weiteren zwei Kollegen Reppeler-Schramberg. Zu bebauern ist es, daß der Ortsverband von Seiten des Centralrats so wenig mit Rednern bedacht wird und derselbe aus diesem Grunde auch nicht so wachsen kann, wie er eigentlich sollte.

Die meiste Arbeit machte dem Ortsverband die im Monat Juni stattgefundenen Gewerbetreuwahlen, bei welcher auf Antrag des Ortsverbandesausschusses zum ersten Male der Proporz in Anwendung kam. Das Resultat der Wahl war für den Ortsverband kein gutes, denn er bekam von der 13 Kandidaten zählenden Vorschlagsliste nur einen ins Gewerbetreue. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß hier konstatiert werden, daß, obgleich die einzelnen Ortsvereinsausschüsse, sowie auch zahlreiche Mitglieder, sehr eifrig bei der Sache waren, aber auch manche der Wahl sehr flau gegenüberstanden. Denn leider haben wir im Ortsverband auch sogenannte Krankenlistenmitglieder, denen die Kirch-Bunder'schen Krankenkassen wohl gut genug sind, in den Wahlen für unsere Grundzüge einzutreten aber keine Energie haben. Hoffen wir, daß es mit der Zeit den einzelnen Ortsvereinen gelingen wird, auch diese Mitglieder zu tüchtigen Gewerbetreuen zu erziehen. Um aber auch etwas Erfreuliches zu berichten, kann ich weiter noch erwähnen, daß es dem Ausschüße der Maschinenbauer gelungen ist, in unserem Nachbarorte Trippstadt einen D.-B. der Maschinenbauer zu gründen.
Adam Hertel, Schriftführer.

Ortsverband Wülheim a. d. Ruhr.

Der Ortsverband hatte gleich zu Anfang des Jahres mit schwerem Kampfe zu kämpfen, da schon im ersten Monat eine seiner besten Kräfte in der Person des ersten Vorsitzenden, Kollegen Melchior, verloren ging, und einige Monate später mußte auch der erste Schriftführer, Kollege Lange, seinen Posten aufgeben, da er durch seine Maßregelung gezwungen war, den Ort seiner bisherigen Thätigkeit zu verlassen. Dieses Mißgeschick hat viel dazu beigetragen, daß der Ortsverband nicht die Thätigkeit entfalten konnte, welche er eigentlich nach Lage der Dinge hätte entfalten müssen. Aber im Ortsverband ist nicht allein die Schuld zu suchen, denn dieser kann auch nicht alles allein machen, er muß auch auf die Unterstützung aller angegeschlossenen